



Nach deutlichem Anstieg bis 2005: Einkommensungleichheit seitdem nahezu unverändert

Nach deutlichem Anstieg bis 2005: Einkommensungleichheit seitdem nahezu unverändert
DIW-Forscher mahnen: Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor Armut - 11,5 Millionen Menschen sind von Armut bedroht - in Ostdeutschland lebt jeder Fünfte unterhalb der Armutsrisikoschwelle
Die realen verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland sind von 2000 bis 2012 um durchschnittlich fünf Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die Kluft zwischen Arm und Reich im vergangenen Jahrzehnt gewachsen, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zeigt. Denn die Einkommenszuwächse verteilen sich sehr ungleich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen: Während die Einkommen der oberen zehn Prozent zwischen 2000 und 2012 um mehr als 15 Prozent gestiegen sind, blieben sie in den mittleren Einkommensgruppen fast unverändert. Die unteren 40 Prozent haben real sogar bis zu vier Prozent weniger als noch zur Jahrtausendwende. Bis 2005 ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen der DIW-Studie zufolge deutlich angestiegen, seitdem liegt sie auf diesem Niveau.
Neben der Einkommensverteilung haben die DIW-Ökonomen Jan Göbel, Markus Grabka und Carsten Schröder auch untersucht, wie sich das Armutsrisiko in Deutschland entwickelt hat. Zwar gilt der Grundsatz: Je höher die Erwerbsbeteiligung, desto geringer das Armutsrisiko weiterhin, aber: "Unsere Ergebnisse zeigen, dass inzwischen auch mehr Erwerbstätige von Armut bedroht sind", sagt Markus Grabka. Dies gilt vor allem für Berufseinsteiger im Alter von 25 bis 35 Jahren, von denen fast jeder Fünfte weniger als 949 Euro pro Monat zur Verfügung hat. Für Alleinlebende ist die Armutsrisikoquote in dieser Altersgruppe sogar von circa 27 Prozent (2000) auf etwa 39 Prozent (2012) gestiegen. "Ein Grund dafür liegt in den zu Beginn des Erwerbslebens oft niedrigen Arbeitseinkommen, insbesondere bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen", erklärt Carsten Schröder das Phänomen.
Armutsrisiko hat seit der Jahrtausendwende signifikant zugenommen
In Ostdeutschland sind nach den DIW-Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) 20 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht - und das, obwohl die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum deutlich zurückgegangen ist. Das höchste Armutsrisiko in Deutschland haben indes die 18- bis 25-Jährigen. Ihr Risiko lag im Jahr 2012 mit rund 21 Prozent weit über dem Durchschnitt von etwa 14 Prozent (mehr als elf Millionen Personen) der Gesamtbevölkerung. "Mehr als die Hälfte dieser Personengruppe absolviert allerdings eine Ausbildung oder ein Studium. Die meisten leben in dieser Zeit unterhalb der einkommensbezogenen Armutsrisikoschwelle", erläutern die Studienautoren. "Dies zahlt sich jedoch später aus. Je höher der Bildungsgrad, desto geringer ist typischerweise im weiteren Lebensverlauf das Armutsrisiko."
Ungleichheit der Markteinkommen seit 2010 nicht weiter gestiegen
Genau wie die realen Haushaltseinkommen sind auch die durchschnittlichen realen Markteinkommen im Zeitverlauf gestiegen und lagen im Jahr 2012 sieben bis acht Prozent über dem Wert von 2000. Betrachtet man allerdings die Medianeinkommen, ergibt sich ein anderes Bild. Das mittlere Haushaltseinkommen, das die Einkommensverteilung in die untere und obere Hälfte teilt, ist zwar ebenfalls gestiegen, der Anstieg fiel mit rund zwei Prozent allerdings deutlich geringer aus als bei den durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Das Medianmarkteinkommen hat sich bis 2005 sogar rückläufig entwickelt und erholt sich seitdem nur langsam. Dies ist den DIW-Forschern zufolge ein weiterer Beleg dafür, dass nicht alle Einkommensgruppen von der positiven Einkommensentwicklung profitiert haben.
Definitionen:
Als einkommensarm bzw. von Armut bedroht gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens hat (im Jahr 2012 netto 949 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt), wobei der Median die Verteilung in die untere und obere Hälfte teilt. Lesen Sie dazu mehr im DIW-Glossar.
Das verfügbare Einkommen setzt sich hauptsächlich aus dem Markteinkommen (Erwerbseinkommen plus Kapitaleinkommen), Renten und Pensionen sowie staatlichen Transferleistungen abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen zusammen.
Pressestelle
Sylvie Ahrens-Urbaneck
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-252, -249, -250 oder -244
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-162-105-2159
presse@diw.de
www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=593827" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.